



In welcher Gesellschaft macht die SPD Politik?

Denkfabrik-Papier

*„Doch wir wollen nicht die Hände
in den Schoß legen, auch nicht
in unbefriedigenden Zeiten. Soziale
Ungerechtigkeit muss immer noch
angeprangert und bekämpft werden.
Von selbst wird die Welt nicht besser.“*
Eric Hobsbawm

Dieser Text blickt auf gesellschaftliche Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit, die den Rahmen für politische Einstellungen und politisches Handeln gleichermaßen bilden. Ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit sollen dabei einige Aspekte des Wandels herausgehoben werden, die für eine sozialdemokratische Politikentwicklung von hoher Bedeutung sind, und welche Folgerungen für die praktische Politik der SPD daraus abgeleitet werden können.

Die neue Drei-Klassen-Gesellschaft

Für lange Phasen der Geschichte der SPD waren ökonomische Konflikte der Ausgangspunkt politischen Handelns der Parteien: Der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit und die Frage einer marktliberalen oder einer sozialstaatsorientierten Politik waren prägend für die deutsche Politik. In den vergangenen Jahren sind aber andersgeartete Konflikte hinzugekommen und haben die politischen Debatten oftmals sogar dominiert: liberal oder autoritär, national oder kosmopolitisch, traditionell oder veränderungsorientiert, Identitäts- und Haltungsfragen und schließlich global gesehen die neue Systemkonkurrenz zwischen liberal-sozialstaatlichen Demokratien (z.B. Skandinavien, Deutschland, Frankreich, Beneluxstaaten) und autoritär-kapitalistischen Staaten (z.B. China, in Abstufung Russland). Diese sog. kulturellen Konflikte wurden durch den Aufstieg der rechtspopulistischen Bewegung in Deutschland mit der AfD als ihrem Kristallisationspunkt und mit ihrer nationalistischen, in Teilen rassistischen, islamfeindlichen und geschichtsrevisionistischen Rhetorik drastisch verschärft. Schließlich durchzieht diese kulturelle Konfliktachse nicht zuletzt die Mitglieder und Wählerschaft der SPD selbst, wie man an zahlreichen innerparteilichen Debatten der jüngeren Vergangenheit sehen kann.

Der Soziologe Andreas Reckwitz hat in seinem 2017 erschienen und vieldiskutierten Buch „Gesellschaft der Singularitäten“ aus dieser Beobachtung zunehmender kultureller Konflikte eine neue Schichtbildung der Gesellschaft abgeleitet: Neben der kleinen Oberschicht (ca. 1%) und dem gewachsenen Anteil prekär lebender Menschen („neue Unterschicht“), wird die Gesellschaft von der Mittelschicht dominiert. Die für die deutsche

Nachkriegsgesellschaft prägende Mittelschicht hat sich jedoch gespalten: Die neue Mittelschicht ist überwiegend urban, lebt freiheitsorientiert und kuratiert das eigene Leben, um es einzigartig zu gestalten. Die alte Mittelschicht betont demgegenüber Werte wie Heimatverbundenheit und Reglorientierung. Reckwitz sieht die neue Mittelschicht überrepräsentiert in öffentlichen Berufen und damit dominant für die gesellschaftliche Selbstwahrnehmung. Dies wiederum setzt die alte Mittelschicht kulturell unter Druck (bei Ernährung, Urlaubsverhalten, Fremdenfreundlichkeit, etc.), was wiederum Konflikte verstärkt und zu einem sinkenden gesellschaftlichen Zusammenhalt beiträgt, der viele Menschen besorgt. Die Perspektiven der alten und neuen Mittelklasse sind verschieden. Dazu gehört auch eine Entwertung bestimmter Berufe. Gerade klassische Handwerksberufe haben heute ein niedrigeres Sozialprestige als vor einigen Jahrzehnten. Studien der FES konnten nachweisen, dass eine Enttäuschung über mangelnde Anerkennung der eigenen Lebensleistung bei Friseurinnen, Maurern oder Lkw-Fahrern besteht (Embacher: Die arbeitenden Mitte in Ost- und Westdeutschland und Butzlaff u.a.: Wahl und Nichtwahl in Göttinger Stadtvierteln).

Eine Begleiterscheinung der veränderten gesellschaftlichen Konflikte ist die räumliche Segregation in Städten und Regionen entlang ökonomischer und soziokultureller Grenzen. Stadtteile in Großstädten sind in den vergangenen 20 Jahren homogener geworden – sowohl die „reichen“ als auch die „armen“ Viertel, sowohl die „weltoffenen“ als auch die „traditionsbewussten“. Das führt zu einer zunehmenden Entfremdung gesellschaftlicher Milieus und einem Gefühl des sinkenden gesellschaftlichen Zusammenhalts unabhängig davon, ob es früher tatsächlich einen besseren Zusammenhalt gab. Diese Segregation verstärkt nochmals die ohnehin bestehende Ungleichheit im gegliederten Schulsystem und fördert Ungleichheit in der Ausstattung von Schulen, der Bewerberlage für Lehramtsstellen, etc. was aus einer sozialdemokratischen Perspektive nicht hinnehmbar ist.

Die zunehmende Bedeutung der kulturellen Konfliktachsen speist sich schließlich auch aus einer ausdifferenzierten und polarisierten Öffentlichkeit. Die heute vielzitierten Filterblasen sind zwar nichts genuin Neues, denn auch vor dem Internet wurde die Gesellschaft verschieden wahrgenommen und haben Menschen eher mit denjenigen gesprochen, die die eigene Weltsicht und Werte teilen. Die Strukturierung von Nachrichtenflüssen in sozialen Medien bzw. auf Suchmaschinen durch Algorithmen verstärkt diesen Effekt allerdings heute. Der Vertrauensverlust in klassische Leitmedien wie die Nachrichten der öffentlich-rechtlichen Sender oder große überregionale Zeitungen in Teilen der Bevölkerung ist ein zusätzlicher Verstärker des Trends, dass sich Menschen in meinungshomogenen Teilöffentlichkeiten bewegen und heute offener für Populismus und Verschwörungstheorien sind, wie u.a. die aktuelle FES-Mitte-Studie nachgewiesen hat. Gleichzeitig neigen die im starken Wettbewerb stehenden Medien zu Schnelligkeit und Zuspitzung – zu Lasten investigativer Recherche. Öffentliche Debatten um zentrale und komplexe Fragen wurden dadurch zumindest teilweise auf ja-nein-Alternativen verengt: „Bist Du für oder gegen die Aufnahme von Flüchtlingen?“ „Bist Du für oder gegen Klimaschutz?“

Was bedeutet das für die SPD?

Für die SPD bedeuten diese kulturellen Konflikte mehrere Herausforderungen:

- Die Frage der Repräsentanz: Wie stark sind neben den Mitgliedern der neuen Mittelschicht, die insbesondere unter Mandatsträger*innen die Mehrheit stellen dürften, auch Menschen aus der alten Mittelschicht und der prekären Schicht in der SPD vertreten und prägen deren Außenwahrnehmung mit?
- Eng damit verbunden ist die Herausforderung, sagen zu können, für wen man Politik macht, welche Schichten und Milieus wir vertreten wollen (und können). Der SPD fehlen die Hochburgen regional und sozial. Die SPD ist andererseits grundsätzlich beliebt und nach wie vor für mehr als 40 Prozent der Bürger*innen eine wählbare Partei. Aber die zweitliebste Partei bekommt keine Stimme.
- Wie kann die SPD die verschiedenen Anforderungen an ihre Politik vereinen (Beispiele: genderneutrale Toiletten, Bekenntnis zur Grenze der Aufnahmefähigkeit von Geflüchteten, Antidiskriminierungsfragen, etc.) ohne jeweils unter den Mitgliedern und Wähler*innen Kopfschütteln zu ernten, denen das Thema weniger wichtig oder die Herangehensweise falsch erscheint.
- Angesichts der oft zugespitzten Debattenlage ist das Vertreten abgewogener Positionen schwer zu vermitteln – die SPD als Partei des „entschiedenen sowohl als auch“ (Willy Brandt) hat es da schwer, sich Gehör zu verschaffen – zumal es sich für die SPD verbietet, gesellschaftliche Ressentiments zu schüren.
- Die angesprochene räumliche Segregation hat dazu geführt, dass viele Sozialdemokrat*innen in Stadtvierteln wohnen, die grün- oder unionsdominiert sind. Da aber bei der SPD die politischen Aktivitäten an der Basis dort stark sind, wo die Genoss*innen wohnen (so die Studien von Sigrid Roßteutscher), fehlt es vielerorts an sichtbarer SPD in den Regionen, in denen (potenziell) viele SPD-Wähler*innen wohnen, aber eben nur noch wenige aktive Mitglieder.
- Die vielstimmige und häufig polarisierte mediale Öffentlichkeit bedeutet, dass eine Partei eine stringente Erzählung braucht, diese über einen längeren Zeitraum vermittelt und dies mit positiv wahrgenommenen Personen verbindet.
- Schließlich: Welche Vision hat die SPD für die Zukunft der sich rasant und grundlegend verändernden Gesellschaft? Wie begeistert sie Menschen für diese Vision und welche Politik verwirklicht sie Schritt für Schritt?

Es gibt weitere gesellschaftliche Entwicklungen, die die SPD herausfordern: So bedeutet die mediale Dominanz kultureller Konflikte keinesfalls, dass die ökonomischen Konflikte irrelevant wären. Im Gegenteil erleben wir gegenwärtig und nicht zuletzt nach einer Phase der neoliberal geprägten Wirtschaftspolitik große Herausforderungen für die Regulierung von Arbeit und die Absicherung elementarer Lebensrisiken, beispielsweise angesichts der Digitalisierung von Arbeit. Es ist ein neues Dienstleistungsprekariat entstanden, das eine starke Arbeiterbewegung dringend bräuchte. Die Vermögensverteilung in Deutschland ist in den vergangenen Jahrzehnten ungleicher geworden, was sowohl sozial ungerecht ist und das Vertrauen in die Demokratie erschüttert als auch dem Wirtschaftsstandort schadet (vgl. Albig u.a.: Zunehmende

Ungleichheit verringert langfristig Wachstum). Das Wohnen in Großstädten wird angesichts der Mietsteigerungen zur neuen sozialen Frage – mit erheblichem gesellschaftlichem Konfliktpotenzial und entsprechend hohem politischen Gestaltungsdruck. Dass in Deutschland die soziale Herkunft den ökonomischen Erfolg und die gesellschaftliche Stellung so stark vorherbestimmt, ist für Sozialdemokrat*innen unerträglich. Dass das klassische sozialdemokratische Aufstiegsversprechen nur noch bedingt gilt, trägt zum Vertrauensverlust in die Politikkompetenz insbesondere der SPD bei.

All das zeigt: Menschen haben heute berechtigte Angst vor sozialem Abstieg. Es ist alles andere als sicher, dass es die eigenen Kinder besser haben, wenn jemand prekär beschäftigt ist. Die Altersarmut trotz langjähriger Erwerbsarbeit wird in der nahen demographischen Zukunft für viele Menschen Realität werden. Hinzu kommt, dass auch Menschen Abstiegsängste haben, die objektiv betrachtet angesichts ihrer guten Lebenssituation dazu keinen Grund haben. Aber Ängste sind eben gerade nicht rational. Das Lebensgefühl vieler Menschen, für die wir Politik gemacht haben und machen, ist, dass das Aufstiegsversprechen für sie nicht mehr gilt, dass ihre Lebensleistung nicht anerkannt wird. Zwei Reaktionen auf diese Abstiegsängste sind gleichzeitig zu beobachten. Der Rückzug aus der Politik und dem öffentlichen Diskurs (v.a. bei Menschen in prekärer Lebenssituation) sowie die Hinwendung zu populistischen Heilsversprechen (v.a. bei Mitgliedern der von Reckwitz beschriebenen alten Mittelklasse).

Auch die von der Sozialdemokratie immer betonte Erwerbsarbeit hat sich stark gewandelt und ist konfliktreicher geworden. Schon lange ist zu beobachten, dass Arbeitsbiografien weniger linear verlaufen als früher und häufiger von Brüchen gekennzeichnet sind. Viele Menschen erleben zudem Stress, der in der subjektiven Wahrnehmung vieler Arbeitnehmer*innen zugenommen hat und das eigene Leben belastet. Die Stichworte sind hier: permanente Erreichbarkeit, Entwertung eigener Fähigkeiten durch technischen Fortschritt, gefühlter oder realer Druck zu immer neuer Fortbildung, etc. Andere beklagen die unterschiedliche Bezahlung verschiedener Jobs. Die Schere zwischen den Einkommen leitender Angestellter oder Unternehmer*innen ist im Vergleich zu einfachen Angestellten stärker auseinandergegangen. Doch es geht nicht nur ums Geld: Es wird zwischen anerkannten und belächelten Tätigkeiten unterschieden und viele Arbeitnehmer*innen in nichtakademischen Berufen klagen über mangelnde Anerkennung (vgl. nochmals Embacher: Die arbeitende Mitte). Das beeinflusst auch das eigene Lebensgefühl negativ.

Die fortbestehenden sozioökonomischen Konflikte unserer Gesellschaft bedeuten ein massives Glaubwürdigkeitsproblem der SPD, die seit 1998 mit nur einer kurzen Unterbrechung auf Bundesebene regiert hat. Dass es ihr dabei in den Augen vieler Bürger*innen nicht gelungen ist, mehr Gerechtigkeit zu verwirklichen, senkt die Bereitschaft, dieser Partei erneut die Stimme zu geben.

Sozialdemokratische Politik auf der Höhe der Zeit

Erfolgreiche sozialdemokratische Politik im 21. Jahrhundert setzt mehrheitsfähige Antworten auf (mindestens) folgende Fragen voraus:

- Wie stoppen wir das weitere Auseinanderdriften demokratisch-pluralistischer Gesellschaften, das Abschmelzen der politischen Mitte, den erstarkenden Populismus, zunehmende wirtschaftliche und soziale Ungleichheit?
- Wie wenden wir die weltweite ökologische Krise (Übernutzung natürlicher Ressourcen, Klimawandel, Artensterben) ab?
- Wie schaffen wir es, die mit der Digitalisierung verbundenen grundlegenden Veränderungen von Alltag und Arbeitswelt positiv zu gestalten?
- Wie organisieren wir Globalisierung, Migration, Friedens- und Sicherheitspolitik angesichts neuer internationaler Kräfteverhältnisse?

Die SPD kann als auf Rationalität, Humanität und internationale Solidarität verpflichtete Partei gar nicht anders, als progressive Lösungsansätze für diese Herausforderungen zu formulieren – unabhängig davon, ob eine solche Politik durch Wahlerfolge und politische Gestaltungsmacht belohnt wird.

Doch das ist kein Grund zur Ernüchterung, weil die SPD wie keine andere Partei das Potenzial hat, auf die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts für sehr breite Bevölkerungsschichten „attraktive“ Antworten zu formulieren – denn diese Herausforderungen brauchen einerseits progressive, auf Veränderungen zielende Antworten (das ist nicht die Kernkompetenz der CDU), andererseits solche, die nicht nur den Interessen von schmalen Milieus und Klientel gerecht werden (dafür sind FDP und Grüne zuständig), sondern die gesellschaftliche Integrationskraft (das „große Zelt“) einer Volkspartei voraussetzen.

Allerdings: Keine Partei wird rational bewertet, nur wenige Wähler*innen entscheiden allein nach dem eigenen Vorteil. Emotionen sind sehr wichtig. Eine vorherrschende Emotion unserer Gegenwart ist die Verunsicherung angesichts von Veränderungen (vgl. Heinz Bude: „Gesellschaft der Angst“). Es gibt Menschen, die kommen gut mit diesen Veränderungen zu recht, andere hingegen weniger gut. Manche freuen sich auf die Veränderungen, manche haben Angst vor Veränderungen - und bei vielen ist von beidem etwas zu finden. Deswegen muss eine erfolgreiche SPD Sicherheit garantieren, und gleichzeitig Zuversicht und gesellschaftlichen Fortschrittswillen vermitteln.

Damit ist die Politik der SPD eine Politik für alle – so der Anspruch der Partei an sich selbst. Nicht jede Maßnahme kann aber jedem individuell zu Gute kommen. Solche Zielkonflikte von Politik auszuhandeln und Entscheidungen zu treffen, ist die genuine Aufgabe von Parteien und also auch der SPD. Entsprechend wird jede Politik der SPD, so sehr sie die Gesamtgesellschaft im Blick haben mag, nicht allen gefallen – was in einer pluralen Demokratie auch nicht zu erwarten ist.

Für die praktische Arbeit der SPD ist daher die Frage berechtigt, welche Zielgruppen die eigene Kommunikation besonders adressieren sollte. Dies ist auch eine Aufgabe, der sich die thematischen Arbeitsgruppen der Denkfabrik stellen sollten. Wir schlagen daher folgende Fragen vor, die für jedes in der Denkfabrik diskutierte Politikfeld beantwortet werden müssen:

- Welche politischen Maßnahmen verändern die Gesellschaft in eine positive Richtung?
- Welche politischen Maßnahmen haben Relevanz für möglichst viele Bürger/innen in verschiedenen Klassen?
- Kontrollfrage: Wen wird diese politische Maßnahme voraussichtlich stören?

Beispiele für politische Maßnahmen in ausgewählten Politikfeldern, die möglichst große Teile der Bevölkerung erreichen:

- **Mobilität:** Kostenfreier ÖPNV für Studierende, Auszubildende und Kinder unter 18 Jahren. Das sorgt für finanzielle Entlastung, von denen alle Familien profitieren. Je mehr des verfügbaren Einkommens für Mobilität ausgegeben wird, desto größer ist die Entlastung.
- **Wohnen:** Gründung einer öffentlichen landesweit tätigen Wohnungsbaugesellschaft, die in besonders angespannten Wohnlagen regulierend eingreifen kann und so für soziale Durchmischung und moderate Preise sorgt. Über Wohnraumfördermittel des Landes können Anwartschaften auf den Erwerb der eigenen Mietwohnung unterstützt werden, um möglichst vielen Menschen den Erwerb einer Wohnung zu ermöglichen.
- **Energie:** Die SPD steht für einen Ausbau der Erneuerbaren Energie, der für zusätzliche Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Land sorgt. Bürgerwindparks ermöglichen allen Menschen im Umfeld von ihren Erträgen zu profitieren und erhöhen so die Akzeptanz der Energiewende. So profitieren alle und nicht nur Landbesitzer und Windbauern. Natürliche Monopole müssen in staatlicher Hand sein. So kommt es bei den Stromnetzen nicht zur Abschöpfung von Gewinnen, so dass alle von geringeren Strompreisen profitieren.

Dennoch gibt es kein einfaches Schnittmuster für die Zukunft. Aber einige Ideen für Antworten der SPD zeichnen sich ab, die jedoch noch konkretisiert werden müssen:

- **Sicherheitsgefühl vermitteln:** Viele Menschen haben gemerkt: Der Neoliberalismus der vergangenen Jahrzehnte hat tiefgreifende Spuren hinterlassen. Der Markt dominiert vieles, was er nicht regieren sollte. Die Sozialdemokratie steht für einen starken, d.h. finanziell und sozialpolitisch handlungsfähigen Staat, der vor radikalen Marktmechanismen schützt und individuelle Stresssituationen z.B. bei Kindererziehung, Pflege von Angehörigen, Arbeitslosigkeit o.a. mildert. Dabei bevormundet oder entwertet der Sozialstaat niemanden, sondern unterstützt die oder den Einzelnen.
- **Umverteilung organisieren:** Menschen mit hohem Einkommen und Vermögen müssen andere unterstützen und sich entsprechend ihrer Kraft an der Solidargemeinschaft beteiligen.

- Solidarität und Zusammenhalt betonen: Nicht nur aus der Perspektive derjenigen, die Hilfe benötigen (Solidarität ist kein Almosen, sondern ein Anspruch), sondern auch aus der der Gebenden (man darf stolz sein, sich solidarisch zu verhalten). Ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit ist das immense ehrenamtliche Engagement in der Flüchtlingshilfe 2015/16.
- Anerkennung geben und Mut machen: Es kann nicht zu viel Anerkennung für die Lebensleistung eines Menschen geben. Sozialdemokrat*innen kennen die Vielfalt von Lebensgeschichten und -entwürfen an und werten nicht ab, sondern machen deutlich, dass jede und jeder einen Platz in der Gesellschaft hat.
- Teilhabe schaffen: Gerade weil das klassische sozialdemokratische Aufstiegsversprechen nicht mehr eindeutig gilt, sorgt sich die SPD um soziale Durchlässigkeit. Die Teilhabe aller am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben ist unser Ideal. Diesem Ideal Schritt für Schritt näher zu kommen, ist der Anspruch unserer Politik.
- Demokratie braucht jede*n: Jeder Mensch hat eine Wirksamkeit – gegenüber anderen und gegenüber sich selbst. Diese Erfahrung von Selbstwirksamkeit hilft gegen politische Ohnmachtsgefühle. Umgekehrt führt der Eindruck, politisch nicht gesehen zu werden, zu einer Verweigerungshaltung und Wut.
- Zu unserem Selbstverständnis gehört auch und gerade in Zeiten einer erstarkenden AfD: Wir stehen fest gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Antisemitismus und an der Seite derer, die von Rechtspopulisten bedroht werden und deren Rechte infrage gestellt werden.

Konkret: Was kommt nach dem Neoliberalismus?

Wenn sich soziale Milieus verändern, ausdifferenzieren oder neuformieren, ist das zwar eine Herausforderung für alle Parteien, aber nur die SPD hat durch das Abschmelzen der Industrie- und Facharbeiterschaft (und der zunehmenden Entfremdung des noch vorhandenen Rests von der Sozialdemokratie) ihre historische Wählerbasis weitgehend verloren. Die neuen Schichten und Milieus können von der SPD zwar erreicht und im besten Fall auch gewonnen werden, doch werden neu geknüpft politische Bindungen zukünftig wesentlich weniger fest sein als in der Vergangenheit. Politische Sympathien, Wählerbündnisse und Wahlerfolge werden volatiler und zerbrechlicher sein denn je.

Obwohl diese gesellschaftlichen und soziologischen Verschiebungen die SPD unter Druck setzen, so eröffnen sich durch den sich seit einigen Jahren vollziehenden Wandel des dominierenden politischen Paradigmas neue Möglichkeiten, mit klassischen sozialdemokratischen Prinzipien und Themen politischen Anschluss zu finden.

In seinem Buch „Das Ende der Illusionen“ beschreibt Andreas Reckwitz das ab 1980 für rund 30 Jahre übergreifende politische Paradigma als „öffnenden Liberalismus“. Er hat sich im wirtschaftlichen Bereich als Neoliberalismus (Deregulierung, Privatisierung, Ökonomisierung, Dynamisierung) gezeigt, der spätestens seit der Weltfinanzkrise 2008/2009 Dominanz und Akzeptanz verloren hat. Im kulturell-gesellschaftlichen Bereich hat dieser öffnende Liberalismus zum Aufbrechen vieler tradierter gesellschaftlicher Bindungen (z.B.

an die Kirchen) und zu mehr Gleichberechtigung und Emanzipation diskriminierter Gruppen (Frauen, LGBTQ*, Migrant*innen etc.) geführt.

Gegenwärtig befinden wir uns in einer Übergangsphase, in der sich ein neues politisches Paradigma herausbildet, das im besten Fall ein „regulativer, einbettender Liberalismus“ sein wird (im schlechtesten Fall allerdings ein nationalistischer, illiberaler Rechtspopulismus).

Der einseitig auf Öffnung und Dynamisierung setzende Liberalismus hat seine Attraktivität nicht zuletzt verloren, weil er zahlreiche Probleme hervorgebracht oder verschärft hat, die er selbst nicht zu lösen in der Lage ist. Unsere Gesellschaft und Wirtschaft sind mittlerweile überdynamisiert, überbeschleunigt und zum Teil auch überliberalisiert worden.

Es geht darum, diese Übertreibungen zurückzunehmen. Wandel, Fortschritt, Pluralismus und Freiheit als politische Werte auch und insbesondere der Sozialdemokratie sollen natürlich nicht aufgegeben, sondern besser eingebettet werden. Es braucht nun mehr soziale Regulierung, mehr soziale Ordnung: auf dem Wohnungsmarkt genauso wie im Bildungssystem, in der Steuerpolitik gleichermaßen wie bei der Einhegung von Wirtschaft und Digitalisierung. Eine bessere Absicherung zentraler Lebensrisiken ist wichtig, weil Marktwirtschaft, globale wirtschaftliche Verflechtungen, Digitalisierung und technologischer Wandel immer wieder (und vermutlich zukünftig immer öfter) Strukturbrüche, Unsicherheiten und Krisen verursachen. Zustimmung zu Wandel und Dynamik wird nur zu bekommen sein, wenn ein Grundmaß an Sicherheit und Stabilität, ja auch an Zugehörigkeit und Gemeinschaft verlässlich gewährleistet sind.

Der verschärften sozialen Ungleichheit und der Vernachlässigung sozialer Grundversorgung muss entgegengesetzt werden:

- Ein leistungsfähiges Gesundheits- und Pflegesystem, das allen Bürger*innen unabhängig von ihrer Finanzkraft offensteht, aber auch den Beschäftigten gute Arbeitsbedingungen bietet.
- Bezahlbarer Wohnraum durch soziales Mietrecht, aktive Bodenpolitik, mehr Sozialwohnungsbau und die Förderung der Bildung von Wohneigentum.
- Ein Rentensystem, das auch Geringverdienern und Menschen mit schwierigen Erwerbsbiografien eine armutsfeste Versorgung im Alter garantiert.
- Ein Bildungssystem, das jungen Menschen ermöglicht, starke Persönlichkeiten und selbstbewusste Bürger*innen zu werden, und das insbesondere Kindern aus bildungsfernen Familien oder mit besonderem Förderbedarf besondere Unterstützung zukommen lässt.
- Eine Arbeits- und Wirtschaftsordnung, die durch Kündigungsschutz, starke Gewerkschaften und Mitbestimmung, Tarifbindung und Mindestlöhne und gängelungsfreie Absicherung bei Arbeitslosigkeit Sozialpartnerschaft auf Augenhöhe und soziale Sicherheit gewährleistet. Dazu gehört auch, die Wertschätzung und gesellschaftlichen Status (wovon eine bessere Entlohnung nur ein Aspekt ist) für

scheinbar einfache oder unattraktive Tätigkeiten wieder zu erhöhen (wie dies in der Anfangszeit der Corona-Krise ansatzweise geschehen ist).

- Die Unterstützung eines Wertewandels, der einerseits Fortschritt, Innovation und neue Technologien aufgeschlossen gegenüber ist, aber auch Themen wie Konsumismus, Entfremdung, immer weitere Beschleunigung und Ökonomisierung von Privat- und Arbeitsleben und die weltweite ökologische Krise aufgreift und die politische Fixierung auf Wirtschaftswachstum und Wohlstandsvermehrung aufbricht zugunsten von Lebensqualität, Gemeinsinn und Nachhaltigkeit.
- Die Sicherung der auch vom Grundgesetz geforderten „einheitlichen Lebensverhältnisse“ zwischen Regionen, zwischen Stadt und Land und zunehmend auch zwischen sozial segregierten Stadtteilen.
- Die Finanzielle Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit des Staates auf allen Ebenen – besonders auch der Kommunen – ist zu sichern, weil gerade die unterprivilegierten Milieus und große Teile der Mittelschicht auf gebaute und soziale Infrastrukturen, auf nicht-kommerzielle öffentliche Einrichtungen (Theater, Stadtteil- und Jugendzentren, Schwimmbäder, Parks, ÖPNV etc.) angewiesen sind. Die jahrzehntelange systematische Privatisierung bzw. Vernachlässigung staatlicher Infrastrukturen und des öffentlichen Raumes war eine der schwerwiegendsten Folgen des neoliberalen Paradigmas – obwohl die Funktionsfähigkeit, Verbesserung und Pflege dieser Infrastrukturen die Grundvoraussetzung für die Lebensqualität und Teilhabe großer Teile der Gesellschaft ist.

Mehr gesellschaftlicher Zusammenhalt und eine lebendige Demokratie entstehen nicht von allein und auch nicht automatisch als Folge erfolgreicher sozialdemokratischer Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die gesellschaftliche Integration und Teilhabe erfolgt nicht nur über soziale Absicherung, sondern es bedarf auch einer kulturellen Integration auf der Basis gemeinsamer Grundwerte und der wechselseitigen Bereitschaft, sich an gesellschaftliche Grundregeln zu halten, die für alle gelten – was über das bloße Befolgen von rechtlichen Vorschriften weit hinausgeht.

Respekt, Toleranz, Rücksichtnahme, Anerkennung staatlicher Autorität, Zivilität in sozialen Medien und in der politischen Auseinandersetzung können nicht verordnet werden, bedürfen aber dringend einer Renaissance. Die SPD hat zusammen mit der CDU lange Zeit die regelorientierten, gesellschaftstragenden Milieus repräsentiert und an Demokratie und soziale Marktwirtschaft gebunden, und ihr kommt deshalb eine besondere Verantwortung zu, die notwendige Kultur der „sozialen Gegenseitigkeit“ (Reckwitz) zu fördern und auch einzufordern.

Die damit vollzogene Rückbesinnung auf das „Wir“, auf die bewusste Pflege von Gemeinsamkeiten in der Gesellschaft, ist notwendig, denn gerade, weil sich die Gesellschaft immer weiter pluralisiert, individualistischer und multiethnischer wird, braucht es eines gesellschaftlichen Allgemeinen als Klammer.

Diese politische Klammerfunktion auszufüllen ist die zentrale Aufgabe und Chance der SPD.

